

CHILE

MARTIN MEYER
WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/chile

Chile nach dem Wahlsieg von Sebastián Piñera

EINE ANALYSE DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL UND DER ZU ERWARTENDEN VERÄNDERUNGEN IM LANDE

Am 17. Januar 2010 hat der Unternehmer Sebastián Piñera Echenique wie erwartet die zweite Runde der Präsidentschaftswahl in Chile für sich entschieden. Es ist das erste Mal seit dem Ende der Pinochet-Diktatur und der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1989, dass ein Kandidat aus dem Lager der Mitte-Rechts-Parteien die Wahlen um das höchste politische Amt im Lande gewinnt. Der Kandidat des Oppositions-Bündnisses „Coalición por el Cambio“ erhielt 51,61 Prozent der Stimmen der registrierten Wähler, während der Anwärter des regierenden Mitte-Links-Bündnisses „Concertación de Partidos por la Democracia“, der Christdemokrat Eduardo Frei Ruiz-Tagle, auf 48,38 Prozent kam. Piñera hatte bereits den ersten Wahlgang am 13. Dezember 2009 mit deutlichem Vorsprung gewonnen, blieb damals jedoch unterhalb der magischen Marke von 50 Prozent der Stimmen, weshalb eine Stichwahl gegen Frei notwendig wurde. Piñera tritt somit am 11. März 2010 die Nachfolge der jetzigen Präsidentin Michelle Bachelet an.¹

Kandidat	Partei	Bündnis	Stimmen	Prozent
<i>(2. Wahlgang, 17. Januar 2010)</i>				
Sebastián Piñera	Renovación Nacional	Coalición por el Cambio	3.563.050	 51,61%
Eduardo Frei	Democracia Cristiana	Concertación por la Democracia	3.340.308	 48,38%
<i>(1. Wahlgang, 13. Dezember 2009)</i>				
Sebastián Piñera	Renovación Nacional	Coalición por el Cambio	3.056.526	 44,05%
Eduardo Frei	Democracia Cristiana	Concertación por la Democracia	2.053.514	 29,60%
Marco Enriquez-Ominami	Unabhängig	Nueva Mayoría para Chile	1.396.655	 20,13%
Jorge Arrate	Partido Comunista	Juntos Podemos Más	430.834	 6,21%

Tabelle 1: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen (beide Wahlgänge)

Piñeras Wahlsieg eine Überraschung?

Auf den ersten Blick mag der Sieg von Piñera über Frei und die Concertación als paradox erscheinen, wenn man Chiles im regionalen Vergleich hervorragende wirtschaftliche Lage bedenkt. In der Tat hat sich der Andenstaat in den letzten Jahren immer mehr zum „marktwirtschaftlichen Musterland Südamerikas entwickelt“ – so die Einschätzung der Zeitschrift WirtschaftsWoche Ende 2005.² Auch inmitten der globalen Wirtschaftskrise erwies sich die chilenische Wirtschaft in den vergangenen Monaten als erstaunlich ro-

¹ Eine ausführlichere Darstellung des Wahlergebnisses bietet der Länderbericht vom 19. Januar 2010: http://www.kas.de/wf/doc/kas_18635-544-1-30.pdf.

² Vor kurzem wurde Chile als erstes südamerikanisches Land in die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aufgenommen. Damit würdigte die OECD nach eigenen Angaben zwei Jahrzehnte guter Wirtschaftspolitik und kontinuierlicher Reform-Anstrengungen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN MEYER
WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/chile

bust. Hier hat die Regierungsarbeit der Concertación von ausländischen Beobachtern viel Lob erhalten. Insbesondere die Entscheidung, die Rekorderlöse aus dem Kupferexport während der letzten Hochkonjunktur nicht sofort wieder zu investieren sondern lieber für schlechte Zeiten beiseite zu legen, wurde von Experten als höchst angebracht bewertet. Dank Chiles guter wirtschaftlicher Lage ist es nicht verwunderlich, dass die Arbeit von Frau Bachelet und ihrer Regierung im Oktober 2009 eine hohe Zustimmung von 78 Prozent bekam – bei weitem der höchste Wert, den je eine chilenische Regierung in den 20 Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie erhalten hat.

Vor diesem Hintergrund hätte man eigentlich bezweifeln dürfen, dass Piñera in der Lage sein würde, den Chilenen die Notwendigkeit eines Regierungswechsels zu vermitteln. Es lassen sich jedoch mehrere Gründe anführen, warum ihm dies trotzdem gelungen ist. Zunächst hat Piñera von der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Concertación profitiert. Im Zuge dieser Politik sind in den letzten Jahren viele Chilenen in die Mittelschicht aufgestiegen, die von Piñera speziell im Wahlkampf umworben wurde und wo er auch die meisten Stimmen geholt hat. Ungeachtet der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Lage hat Chile jedoch seit Jahren mit diversen ungelösten Problemen zu kämpfen, insbesondere mit einer hohen sozialen Ungleichheit und einer nach wie vor bestehenden Armut in weiten Teilen der Bevölkerung. In der Region hat nur noch Brasilien eine ungleichere Einkommens- und Vermögensverteilung.

Kritisch beurteilen auch die Enkel der ehemaligen Präsidenten Pinochet und Allende gegenüber der Tageszeitung „Der Standard“ die Konzentration von Reichtum und Macht in ihrer Heimat. Die ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung müssen mit nur etwa zwei Prozent der Ausgaben aller Privathaushalte auskommen. Die reichsten zehn Prozent dagegen verfügen über mehr als 40 Prozent. „Vom chilenischen Modell profitieren nur die Großunternehmen und die Banken, die haben die Beute unter sich aufgeteilt. Kleine und mittlere Betriebe, die eigentlich die Arbeitsplätze schaffen und die Angestellten der Mittelschicht haben die größte Last an Steuern und Bürokratie zu tragen“, kritisiert Pinochet Molina. Für Meza Allende bleibt der Mittel- und Unterschicht in Chile im aktuellen Modell nur die Alternative zwischen Konsumverzicht oder Verschuldung. Und der Wirtschaftsliberalismus habe dazu geführt, dass man heute dank vieler Freihandelsverträge zwar Waren aus der ganzen Welt in Chile erhalten kann, die Exporte aber auf landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe beschränkt bleiben.

Auch glauben viele Chilenen, wie z.B. der Wissenschaftler Ángel Soto in einem aktuellen Meinungsartikel, dass die wirtschaftliche Entwicklung Chiles seit Mitte der neunziger Jahre aufgeschoben wurde und ihr volles Potenzial bei weitem noch nicht erreicht hat. Laut Soto braucht das Land in den nächsten Jahren tiefgreifende Reformen, damit die Entwicklung des Landes nicht auf halber Strecke stecken bleibt. In den Augen vieler Wähler hat es der Concertación gerade in dieser Hinsicht an neuen Ideen gefehlt, um die nötigen Reformen für ein anhaltendes Wachstum zu implementieren; vielen kam sie nach 20 Jahren in der Regierung als verbraucht vor. Piñera warf ihr deshalb im Wahlkampf vor, dass sie sich an der Macht verschlissen habe, keine neuen Visionen entwickelt habe und das Land deshalb dringend eine neue Kraft an der Staatsspitze benötige. Unter dem Motto „Produktivität, Wachstum und Beschäftigung“ versprach er die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze in den kommenden vier Jahren. Dies wird nur dann möglich sein, wenn die Wirtschaft jährlich um sechs Prozent wächst. Insgesamt erschien Piñera für viele Wähler als frischer und unverbrauchter Gegenpol zu dem bekannten Gesicht Frei, der lediglich die Weiterführung derselben Politik der Concertación („más de lo mismo“), jedoch keine großen Veränderungen repräsentierte.

Zugute kam Piñera im Wahlkampf auch die ungeteilte Unterstützung seines Bündnisses, während die Ernennung des Präsidentschaftskandidaten der Concertación lange Zeit für interne Spannungen im Mitte-Links-Lager sorgte. Obwohl sich Piñera bei den vorherigen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN MEYER
WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de
www.kas.de/chile

Präsidentenwahlen der Sozialistin Michelle Bachelet im zweiten Wahlgang geschlagen geben musste, wurde er schnell wieder als hoffnungsvoller Kandidat der Opposition für die jüngsten Wahlen ins Spiel gebracht. Nach dem Amtsantritt Bachelets hatte Piñera sich lange Zeit weitgehend aus dem politischen Leben heraus gehalten, um seine Popularität nicht zu gefährden. Dank des anhaltenden Vorsprungs von Piñera in den Meinungsumfragen entschied sich die Mitte-Rechts-Opposition Ende 2008, auf interne Wahlen nach amerikanischem Vorbild zu verzichten und den Unternehmer kampfflos als ihren Kandidaten zu benennen. Anders als Eduardo Frei sah sich Piñera somit zu keiner Zeit einer internen Konkurrenz ausgesetzt.

Grundzüge von Piñeras Regierungsprogramm

Obwohl Piñera sich mit seinem Slogan für den zweiten Wahlgang „Súmate al Cambio“ (Schließ dich dem Wechsel an) als Hoffnungsträger für einen Neuanfang darstellte, dürften entscheidende Veränderungen trotzdem nicht zu erwarten sein. In wirtschaftspolitischer Hinsicht scheint die Kontinuität des erfolgreichen Modells der letzten Jahre sichergestellt. Obwohl der wirtschaftsliberale Unternehmer einen weniger aktiven Staat bevorzugt und in den letzten Monaten die zu hohen Ausgaben oder Markteingriffe der Regierung kritisiert hat, besteht in Chile ein allgemeiner Konsens, dass es angesichts des kleinen Binnenmarkts keine Alternative zu einer starken Einbindung in die Weltwirtschaft gibt. Es darf deshalb angenommen werden, dass Piñera am bisherigen marktwirtschaftlichen Modell, an einem soliden Haushalt und an der Integration in den Welthandel festhalten wird. Um allerdings den Sprung von einem Schwellen- zu einem entwickelten Land zu vollziehen, wird eine noch stärkere Diversifizierung der Wirtschaft notwendig werden. Laut Expertenmeinung muss sich Chile in der Zukunft insbesondere von seiner Abhängigkeit vom Kupfer befreien, da dieses begehrte Metall weiterhin knapp die Hälfte des Exports ausmacht und für den größten Teil des Wohlstands des Landes aufkommt.

Um das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen, will der Unternehmer Steuererleichterungen verlängern und Anreize zur Schaffung neuer Stellen im Privatsektor setzen, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem will Piñera das Management staatlicher Unternehmen umstrukturieren. In seinem Wahlprogramm hat er angekündigt, einen Teil des Staatskonzerns Codelco verkaufen zu wollen, um den weltgrößten Kupferproduzenten effizienter und wettbewerbsfähiger zu machen. Er hat jedoch auch versprochen, Sozialprogramme beizubehalten und ein Stück weit auch auf die Mittelschicht auszuweiten. Der Konservative will einem Wirtschaftsberater zufolge die Ausgabe von Staatsanleihen prüfen und einen dank sprudelnder Einnahmen aus Kupferexporten milliardenschweren Staatsfonds anzapfen. Piñeras makroökonomischer Plan setzt insgesamt auf hohe Investitionen des Privatsektors zum Ankurbeln des Wirtschaftswachstums. Kritiker bemängeln jedoch, er verlasse sich dabei zu sehr auf eine starke Erholung der Weltwirtschaft.

Ein ernsthaftes Problem für die zukünftige Entwicklung Chiles bleibt die schlechte Ausbildung der Arbeitskräfte sowie der insgesamt sehr schwache Stand von Bildung und Forschung. In einem Land, das nach wie vor durch große Einkommensunterschiede gekennzeichnet ist, muss eine gute Erziehung als das vielleicht wichtigste Mittel zur Erlangung von mehr Chancengleichheit anerkannt werden. Laut Mirjam Gehrke von der Deutschen Welle ist die Bevölkerung auch weiterhin gespalten – „aber nicht in erster Linie in rechts oder links, sondern in arm und reich, in solche, die Beziehungen haben, und solche, die auf sich selbst gestellt sind“. Zwar hat Piñera die Schaffung von einer Million neuer Arbeitsplätze versprochen, doch von einer Sozialpolitik, wie sie vor allem unter der scheidenden Präsidentin Michelle Bachelet erfolgreich in den letzten Jahren umgesetzt worden ist, findet Gehrke in den Ankündigungen des Unternehmers kaum Ansätze. „Und dabei braucht Chile vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen dringend Reformen, die die soziale Chancengleichheit erhöhen. Stattdessen setzt Piñera auf Steuersenkungen zur

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN MEYER
WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de
www.kas.de/chile

Ankurbelung der Wirtschaft – die neoliberalen Rezepte aus der Pinochet-Ära lassen grüßen.“ Piñera wird sich daher während seiner Regierungszeit verstärkt den sozial Schwachen im Lande zuwenden müssen, möchte er nicht nur als ein Interessenvertreter der oberen Zehntausend wahrgenommen werden. Zu diesem Zweck ist unmittelbar nach Regierungsantritt ein Bonus für einkommensschwache Familien in Höhe von 40.000 CLP geplant. In der Zukunft soll das soziale Netz dann noch stärker auf die Mittelschichten ausgedehnt werden.

In der Außenpolitik ist unter Piñera mit einigen Akzentverschiebungen zu rechnen. Frau Bachelet hatte sich intensiv um die Lösung von Grenzstreitigkeiten mit Peru und Bolivien bemüht. Gegenüber dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez hatte sie einen Kurs diplomatischer Zurückhaltung gesteuert. Piñera hat dagegen im Wahlkampf den „lateinamerikanischen Populismus“ für gescheitert erklärt. Kuba sei eine Diktatur und Venezuela „keine Demokratie“. In seiner Präsidentschaft werde Chile auf keinen Fall Land oder Seegebiete aufgeben, auf die andere Staaten Anspruch erheben. Marcelo Mella, Politikwissenschaftler an der Universität Santiago, sieht in dieser Haltung ein Hindernis für gute Beziehungen mit Bolivien und Venezuela: „Nationalistische und chauvinistische Erklärungen werden kein gutes Klima für die Lösung von Konflikten bereiten“. Er erwarte aber, dass Piñera seine Wahlkampfretorik abschwächen werde: „Ich habe keinen Zweifel, dass es eine Art Pragmatismus geben wird, sobald er im Amt ist.“ Außenpolitisch dürfte Piñera, der in den USA ausgebildet wurde, großes Gewicht auf gute Beziehungen zu Washington legen. Er betonte aber auch während des Wahlkampfes, das chilenische Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union besser nutzen zu wollen.

Ungewisse Zukunft für Enríquez-Ominami

Mit 20,12 Prozent im ersten Wahlgang konnte der drittplatzierte Kandidat, Marco Enríquez-Ominami, ein bemerkenswertes Ergebnis erzielen, musste sich damit aber trotzdem aus dem Rennen um das höchste politische Amt im Lande verabschieden. Der erst 36-jährige Abgeordnete war im Juni 2009 aus der Sozialistischen Partei ausgetreten, nachdem die Parteiführung ihn für die internen Vorwahlen zur Ermittlung des Präsidentschaftskandidaten der Concertación nicht berücksichtigen wollte. Daraufhin trat er als unabhängiger Kandidat an und konnte gleich auf Anhieb punkten. Seine Umfragewerte stiegen in den Wochen vor der Wahl immer höher und wiesen zeitweise nur noch einen sieben Punkte Rückstand auf Frei auf. Enríquez-Ominami schlug sich damit weitaus besser als der vierte Präsidentschaftskandidat, Jorge Arrate aus dem Lager des kommunistischen Bündnisses Juntos Podemos Más, der im ersten Wahlgang mit 6,21 Prozent weit abgeschlagen auf den vierten Platz kam.

Das gute Abschneiden von Enríquez-Ominami ist umso erstaunlicher wenn man Chiles so genanntes „binominales“ Wahlrecht bedenkt, das kleinen Parteien und unabhängigen Kandidaten normalerweise wenige Aussichten auf Erfolg schenkt. Dieses Wahlrecht – ein Überbleibsel aus der Zeit Pinochets, das die Macht von Mitte-Links-Parteien im Falle eines Wahlsieges einschränken sollte – verteilt in jedem Wahlkreis zwei Mandate, wobei das erste Mandat an den Kandidaten mit den meisten Stimmen geht, der zweite Abgeordnete jedoch in der Regel vom zweitplatzierten Bündnis gestellt wird (es sei denn, das stärkste Bündnis erhält doppelt so viele Stimmen wie das zweitstärkste). Dies hat dazu beigetragen, dass Abgeordnete bisher fast ausschließlich aus den Rängen der Regierungs- und Oppositionskoalitionen kamen, und sich in Chile ein rigides System aus zwei Parteibündnissen nach amerikanischem Vorbild formiert hat. Obwohl die Notwendigkeit einer Wahlrechtsänderung oft anerkannt wird, konnten sich die Parteien bisher nicht über die nötigen Reformen einigen.

Als Enríquez-Ominami im Juni seinen Austritt aus der Concertación und seine Bewerbung für das Präsidentenamt als unabhängiger Kandidat bekannt gab, wurde er noch von vielen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN MEYER
WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de
www.kas.de/chile

als politische Eintagsfliege belächelt. Seine rasch steigenden Umfragewerte in den Monaten vor der Wahl wurden daher mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Der fulminante Aufstieg des als krasser Außenseiter gestarteten Abgeordneten aus Santiago erlangte im Vorfeld auch internationale Aufmerksamkeit. So wurde z.B. in einem Artikel des renommierten amerikanischen Nachrichtenmagazins Newsweek vom 6. November die Tatsache hervorgehoben, dass ein „frischer, junger und unabhängiger Kandidat gute Aussichten hat, eine der bemerkenswertesten, stabilsten und effektivsten Regierungskoalitionen in der Geschichte Lateinamerikas von der Macht zu verdrängen“. Dieses Ziel hat Enríquez-Ominami zwar verpasst, jedoch dürfte laut Newsweek sein gutes Abschneiden eine positive Entwicklung für Chile und Lateinamerika sein, die unter Beweis stellt, dass parteilose Kandidaten in einer effektiven und demokratischen Art gegen das Establishment um das höchste politische Amt im Land ringen können.

Es gibt mehrere Gründe für den bemerkenswerten Erfolg von Enríquez-Ominami. Zum einen hatte er von allen Kandidaten die bei weitem charismatischste Persönlichkeit und den interessantesten Lebenslauf. Nach einer kurzen Karriere im Fernsehen, wurde Enríquez-Ominami 2006 ins Parlament gewählt und machte sich schnell einen Namen. Er war während des Wahlkampfes am besten in der Lage, die jüngere Generation anzusprechen, gleichzeitig ist er sehr gewandt im Umgang mit den Medien, die ihm daher unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit in ihrer Berichterstattung schenkten. Wie kein anderer richtete sich Enríquez-Ominami offen gegen das Parteiestablishment und schaffte es so, die Verdrossenheit eines großen Teils der Gesellschaft einzufangen. Mit seiner Kandidatur forderte er offen das bestehende System zweier großer Parteienkoalitionen heraus. Am Wahltag blieb er jedoch hinter seinen Erwartungen zurück. Ein wichtiger Grund hierfür dürfte seine als niedrig eingeschätzte Regierungsfähigkeit (lediglich 32 Prozent der Wähler glaubten, dass er schon die nötige Erfahrung für das Präsidentenamt besitze) gewesen sein. Trotzdem ist davon auszugehen, dass er in der Zukunft eine wichtige Rolle in der chilenischen Politik spielen wird. Seine Ambitionen für die Präsidentschaft in vier Jahren hat er jedenfalls schon verkündet.

Gründe für die Niederlage von Frei und der Concertación

Nach dem enttäuschenden Ergebnis in den Präsidentschaftswahlen wird die Concertación in den nächsten Monaten die verschiedenen Ursachen für die bittere Niederlage gründlich analysieren müssen. Als ein erster wichtiger Grund ist der aktuell schlechte Zustand des Mitte-Links-Bündnisses hervorzuheben, das sich in letzter Zeit einer Reihe von Korruptionsproblemen und schließlich von Parteiaustritten prominenter Führungspersonlichkeiten gegenüber sah. Als Folge davon driftete die Concertación in den Monaten vor der Wahl immer weiter auseinander. Hinzu kommt, dass die Gemeinsamkeiten seit der Opposition zum Pinochet-Regime immer weiter schwinden. Für zusätzliches Unbehagen sorgte insbesondere bei einigen Mitgliedern der Christdemokraten der Pakt mit den Kommunisten bei den jüngsten Parlamentswahlen. Noch ist unklar, ob die Concertación nach der herben Niederlage in ihrer jetzigen Form weiter existieren wird.

Doch auch im Wahlkampfteam von Frei lief oft wenig bis gar nichts zusammen. Aufgrund seiner Entscheidung, für sein Wahlprogramm vorrangig auf Parteienunabhängige (die so genannten „Océanos Azules“) zu setzen, waren interne Auseinandersetzungen mit den Verantwortlichen der Organisation im Kommando häufig an der Tagesordnung. Es überwog die Einschätzung, die meisten Chilenen seien progressiv und linksgerichtet und würden letztendlich automatisch den Kandidaten des Mitte-Links-Bündnisses wählen. Frei entfernte sich deshalb während des Wahlkampfes immer mehr von der Mitte der Gesellschaft. Zusätzlich wurden ihm von seinem Kommando mehrere Themen aufgedrückt, die ihm als Christdemokraten und Familienmenschen nicht richtig am Herzen lagen, wie zum Beispiel die Rechte von Homosexuellen oder das Recht auf Abtreibung. Da es nie wirklich realistisch war, alle linken Wähler (insbesondere die von Enríquez-Ominami) auf sich zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN MEYER
WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de
www.kas.de/chile

vereinen, war es zweifelsohne ein großer Fehler, die Wählerschaft der Mitte praktisch kampfflos Piñera preiszugeben. Im Nachhinein lässt sich die Feststellung treffen, dass die von der Kampagne erhoffte Polarisierung der Wählerschaft, die sich in den letzten Jahren zunehmend von der überholten Dichotomie „Links-Rechts“ abgewandt hat, die falsche Annahme war.

Der oft als Kompromisskandidat angesehene Frei selbst blieb aber auch nicht von Kritik verschont. Er gilt als erfahrener Politiker, manche Kritiker glauben jedoch, er sei zu farblos und das Parteienbündnis aus Sozialisten und Christdemokraten hätte lieber einen charismatischeren und jüngeren Kandidaten auswählen sollen, wie zum Beispiel den beliebten Finanzminister Andrés Velasco. Zusätzlich war Frei während des gesamten Wahlkampfes nie annähernd in der Lage, die hohe Popularität der Präsidentin und auch der Regierung auf seine Kampagne zu übertragen. Das schlechte Ergebnis des ersten Wahlganges war deshalb auch für die Regierung ein großer Schock, die insgesamt viel zu spät im Wahlkampf aktiv wurde. Letztendlich ist es Frei und der Concertación nicht gelungen, sich der Öffentlichkeit als die bessere Option zu präsentieren, um die erfolgreiche politische und wirtschaftliche Entwicklung Chiles in den letzten Jahren fortzuführen.

Zukunft der Concertación

Nach der Machtverschiebung in Chile wird es interessant sein zu sehen, wie die beiden großen Bündnisse in den nächsten Jahren miteinander umgehen werden. Piñera selbst verkündete am Abend seines Triumphes, dass er ähnlich wie die Politik von Patricio Aylwin nach dem Ende der Diktatur auf eine „Demokratie der Abkommen“ setzen würde. Hinter dieser Botschaft verbirgt sich sicherlich auch eine Portion Realismus: Piñera weiß, dass er angesichts einer fehlenden Mehrheit im Parlament bei wichtigen Gesetzen zur Zusammenarbeit mit der Mitte-Links-Opposition gezwungen ist. Gesetze zur Lockerung von Vorschriften für Unternehmen oder der geplante Teilverkauf von Codelco könnten bei der Concertación auf starken Widerstand stoßen. Diese wiederum wird sich in den kommenden Wochen und Monaten darauf verständigen müssen, welchen Kurs sie zukünftig steuern möchte, eher konstruktiv oder mehr konfrontativ. Frei, der nach dem Wahlergebnis Piñera sofort für seinen Erfolg gratulierte, versicherte in seiner Ansprache, dass die Concertación einem konstruktiven Dialog nicht im Wege stehen würde. Nicht alle sind jedoch dieser Auffassung. So betonte zum Beispiel der Präsident der Sozialistischen Partei, Camilo Escalona, dass die Concertación mit allen Mitteln ihre erfolgreiche Sozialarbeit der letzten zwanzig Jahre verteidigen müsse. „Wir sind sehr besorgt über die politische Rechte und ihre Benachteiligung von Arbeitern und Gewerkschaften“. Diese unterschiedlichen Auffassungen sind symbolisch für die immer größer werdenden Meinungsunterschiede innerhalb des Mitte-Links-Bündnisses.

Schon am Tag nach der Niederlage wurde über eine mögliche Auflösung des Bündnisses spekuliert. Zwei der vier Parteipräsidenten waren bereits zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang zurückgetreten. Die beiden verbliebenen, Camilo Escalona (PS) und Juan Carlos Latorre (PDC), stehen zurzeit unter hohem Druck. Noch in der Wahlnacht besetzte die christdemokratische Jugend die Parteizentrale der PDC und forderte den Rücktritt ihres Präsidenten. In allen Parteien des Bündnisses drängt bereits seit längerer Zeit eine neue jüngere Generation von Politikern an die Spitze. Schließlich werden auch erste Überlegungen einer Neugründung der Concertación ins Spiel gebracht. Sie soll künftig neben den vier Parteien nach Möglichkeit auch alle weiteren progressiven Kräfte umfassen, vor allem aber wieder offensiver auf Gruppen der Zivilgesellschaft zugehen.

In Kreisen der PDC begegnet man solchen Überlegungen mit Vorsicht. Nachdem die Christdemokraten die Concertación zunächst lange dominiert und angeführt hatten, wurde es in den letzten Jahren für die Partei immer schwieriger, die eigenen Positionen in diesem Parteienbündnis zu verdeutlichen und die Unterschiede zu den Koalitionspartnern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

CHILE

MARTIN MEYER

WINFRIED JUNG

26. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/chile

herauszustellen. Dies war nach Einschätzung vieler politischer Beobachter ein wichtiger Grund für den dramatischen Wählerschwund, den die PDC bis zu ihrer Ablösung als stärkste Partei im Dezember 2001 hinnehmen musste (ca. 1 Million Stimmen seit 1990). Im Zeitraum der letzten 20 Jahre verlor die Partei mehr als 50 Prozent ihrer Wähler. Mit den 14 Prozent bei den jüngsten Parlamentswahlen ist sie nun wieder am Ausgangspunkt angelangt: Es ist genau der Prozentsatz an Stimmen, den sie zum Zeitpunkt ihrer Gründung vor nun etwas mehr als 50 Jahren erzielt hat. Die Partei muss sich darauf einstellen, dass Piñera, der aus einer traditionell christlich-demokratischen Familie stammt, versuchen dürfte, die PDC aktiv zu umwerben, um zukünftige Mehrheiten für seine Politik im Parlament zu sichern. Dies wiederum könnte zu beträchtlichen Spannungen innerhalb der Partei führen, die sich im letzten Jahr relativ geschlossen präsentiert hat.